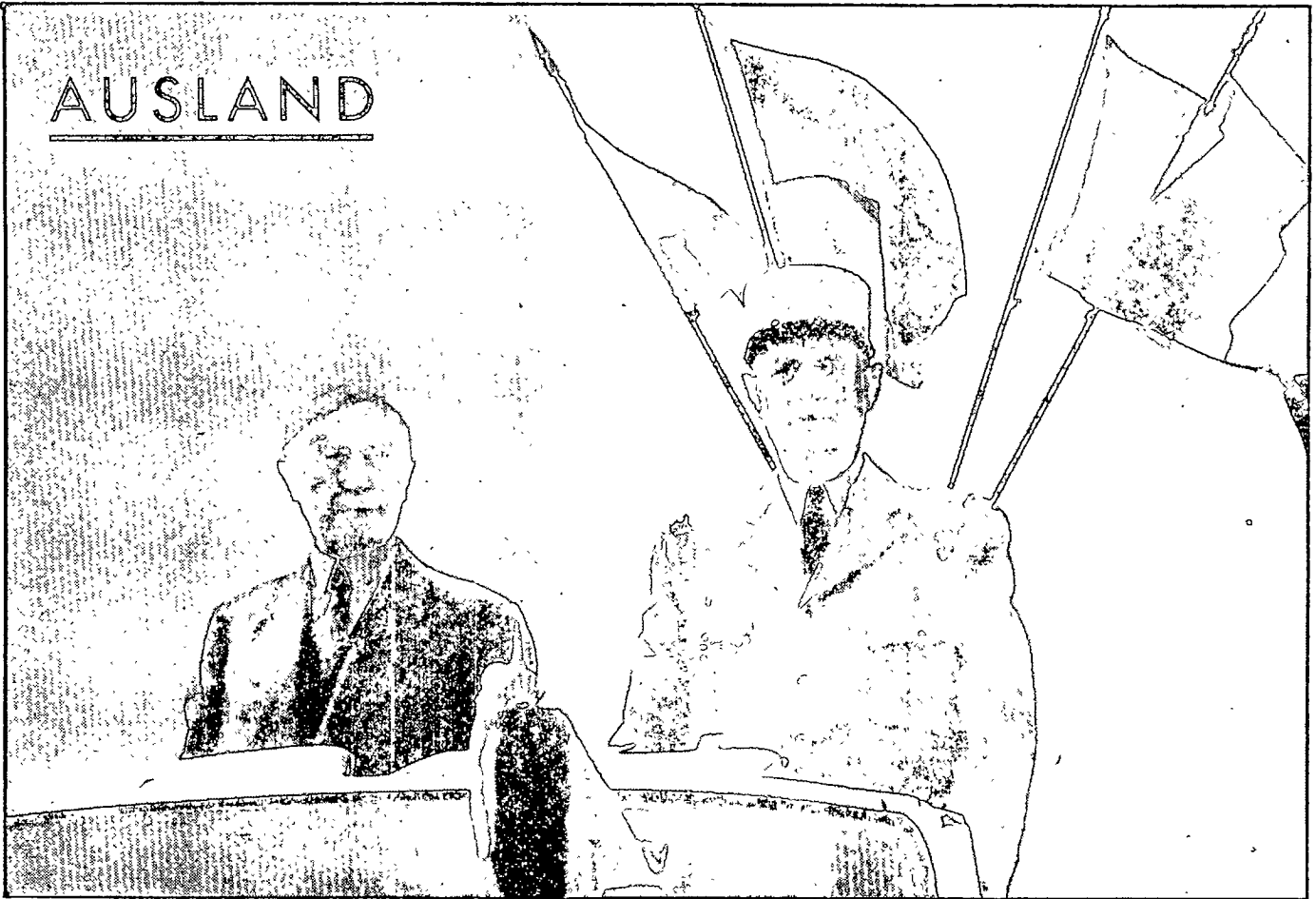


AUSLAND



Gastgeber de Gaulle, Gast in Frankreich 1962: Giraffen und Füchse verbürgen...

EUROPA

DE GAULLE

Berlin und die Bombe

(siehe Titelbild)

Solange die große Giraffe und der alte Fuchs lebten, waren alle Tiere glücklich und fuhren in Volkswagen umher und gingen jeden Abend in die Folies Bergère. Doch eines Tages bekam die alte Giraffe infolge irgendeiner Unvorsichtigkeit einen schrecklich kranken Hals und starb, und nicht lange danach starb auch der alte Fuchs, und da übernahmen die jungen Füchse, da sie stärker waren als die jungen Giraffen, die Macht.

Die Fabel stammt von James Reston, dem Washingtoner Chefkorrespondenten der „New York Times“. Sie schildert — vom Standpunkt eines Erzählers in ferner Zukunft —, wie es in Europa zugehen wird, wenn die „große Giraffe“ (de Gaulle) und der „alte Fuchs“ (Adenauer) auf dem europäischen Kontinent eine deutsch-französische Herrschaft errichten, bei der weder der „alte, weise Löwe“ (England) noch der junge „Büffel“ aus Übersee (Amerika) beteiligt sind. Sehr bald werden daraufhin — so meint der Washingtoner Fabelerzähler zu wissen — die „jungen Füchse“ die Herren des Kontinents sein: die Deutschen.

Aber eines Tages werden dann der „Bär“ und der „Tiger“ (Rußland und China) sich auf die Eisenbahn setzen, nach Europa reisen und alle kleinen Füchse und alle kleinen Giraffen auf-

fressen — „ausgenommen einige wenige, die sie sich für den kommunistischen Tiergarten aufbewahren“. Der Büffel aber wird „zu weit weg sein, um irgend etwas dagegen tun zu können“.

Vorläufig ist Restons düstere Prophezeiung noch nicht Wirklichkeit. Noch leben Giraffen, Füchse und „alle die freien Tiere“ Europas, und noch hält der junge Büffel Wache in Berlin.

Die „große Giraffe“ wird in dieser Woche gar den „alten Fuchs“ besuchen, und alle kleinen Füchse werden, dessen kann man sicher sein, jubeln, wo immer sie der großen Giraffe ansichtig werden — sei es in Bonn, an der Ruhr, in Hamburg oder München.

James Restons Fabel ist eine Fabel, aber sie drückt zutreffend das Unbehagen aus, das US-Präsident John F. Kennedy und seine Berater angesichts einer deutsch-französischen Herzlichkeit empfinden, die nun — nach dem Adenauer-Besuch in Frankreich Anfang Juli — einem zweiten Liebesfest entgegenstrebt, diesmal auf deutschem Boden.

Mehr als ein Jahrzehnt lang — seit etwa 1949 — haben die USA die deutsch-französische Versöhnung mit Engelszungen gepredigt. Nun jedoch, da sie — im Jahre 1962 — hantierbar geworden ist, zeigt sich Washington mürrisch, stichelt in Bonn gegen die Franzosen und in Paris gegen die Deutschen und läßt in die Spalten befreundeter Presse-Kommentatoren apokalyptische Drohungen sickern: vom Ende der Atlantischen Gemeinschaft, vom Zusammenbruch der Nato, vom Rückzug der Amerikaner aus Europa.

Animositäten zwischen de Gaulle und angelsächsischen Regierungschefs, mochten sie Roosevelt oder Churchill, Truman, Eisenhower oder Kennedy und Macmillan heißen, hat es immer gegeben. Sie waren die salzige Würze der Allianz des Zweiten Weltkrieges und sind der Pfeffer der Nato, nachdem de Gaulle sich 1958 ein zweites Mal zum Führer Frankreichs aufgeschwungen hat.

Etwas jüngeren Datums ist die Vorliebe des langen Galliers für die Germanen. Sie begann in der Stunde von Germaniens tiefstem Unglück zu grünen, im deutschen Katastrophenjahr 1945, als der Befreier-General triumphierend durch Südwestdeutschland reiste und sich ihm angesichts des deutschen Elends das „Herz zusammenzog“, das Herz, wie er ausdrücklich in seinen Memoiren bemerkt, eines „Europäers“.

Sowenig überraschend de Gaulles germanische Passionen, so alt de Gaulles angelsächsische Antipathien sind, neu hingegen sind die Waghalsigkeit, die Energie und Entschlossenheit, mit denen de Gaulle nun seine Gefühle demonstriert und einem Ende zutreibt, das — wie immer es aussehen mag — von dem Geschmack des Generals für „grandeur“, für epochale Größe, geprägt sein wird.

„Man kann“, hatte de Gaulle 1959 ausgerufen, „in der Zusammenarbeit der französischen und der germanischen Welt die Grundlage und wohl auch die Größe und den Ruhm der Welt von morgen sehen.“

1959 war für de Gaulle die Chance der französisch-germanischen Größe, des „Ruhms der Welt von morgen“, noch nicht gekommen, aber offenkundig

ist, daß er, als das Jahr 1962 anbrach, fest entschlossen war, sie auf kürzestem Wege herbeizuführen.

Als Indiz für diese neue Entschlossenheit de Gaulles dient ein Briefwechsel zwischen dem amerikanischen und dem französischen Staatspräsidenten um die Jahreswende 1961/62. Die beiden Briefe sind nie veröffentlicht worden, aber die intellektuelle Berater-Mannschaft Kennedys ist viel zu diskurtierfreudig, als daß sie ein Geheimnis länger als einige Tage zu hüten vermag. Spätestens am 16. Januar 1962 wußte die Redaktion der „New York Times“ so viel, daß sie sich ein Bild von dem Inhalt der Briefe machen konnte.

Der erste Brief war der Kennedys. Er trug das Datum des Tages, an dem auch Privatmenschen die langfristigen Perspektiven ihrer Lebensgestaltung zu erwägen pflegen: das Datum des Silvestertages 1961.

In dem Brief Kennedys ging es um zwei Probleme:

- ▷ die Berlin-Frage und
- ▷ die französische Atombombe.

In dem Kapitel über die Berlin-Frage versuchte Kennedy den Franzosen davon zu überzeugen, daß es richtig sei, mit den Russen zu verhandeln — und zwar mit etwa folgendem Ziel:

- ▷ Internationale Kontrolle über den Zugang nach Berlin unter Beteiligung der beiden deutschen Staaten und neutraler Mächte;
- ▷ Nichtangriffspakt zwischen der Nato und der Warschauer-Pakt-Organisation;
- ▷ Absprache mit dem Ziel zu verhindern, daß weitere Mächte in den Besitz von nuklearen Waffen gelangen — im Munde Kennedys gleichbedeutend mit dem Vorschlag, de Gaulle möge endgültig auf eine eigene französische Nuklear-Waffe verzichten.

Bei dem letzten Punkt fügte Kennedy eine Warnung hinzu, die dem

Franzosen eine Absicht unterstellte, die er bisher nicht geäußert hat — nämlich die Absicht, eine französische Nuklear-Waffe mit der finanziellen Hilfe und unter Beteiligung der Deutschen aufzubauen. Kennedy warnte de Gaulle, sich allzu tief mit den Deutschen einzulassen. (Vier Monate später warnte James Reston die Franzosen vor der Machtübernahme der „kleinen Füchse“ in Europa.)

Die Antwort de Gaulles kam elf Tage darauf. Sie war kühl und im wesentlichen ablehnend, deutete allerdings in dem entscheidenden Punkt, dem der französischen Nuklear-Waffe, den Wunsch an, Amerika möge sich an dem französischen Waffen-Projekt beteiligen.

Das kam insonderheit bei der Passage des Briefes zum Ausdruck, in der de Gaulle sich mit Kennedys Warnung vor den Deutschen auseinandersetzte. Laut „New York Times“ schrieb de Gaulle, „daß Frankreich die Gefahren der Wiederbewaffnung Deutschlands besser (als Amerika) verstehe“.

Diese Wendung konnte nur so verstanden werden, daß de Gaulle, wenn überhaupt, auf jeden Fall höchst ungern die Deutschen am Aufbau einer französischen Nuklear-Waffe beteiligen möchte.

An seinem Willen, diese französische Nuklear-Waffe aufzubauen, ließ de Gaulle jedoch nicht den geringsten Zweifel. Er führte aus: Zwar werde Frankreich niemals in der Lage sein, in der Nuklear-Rüstung mit der Sowjet-Union gleichzuziehen, doch müsse Frankreich, um eine eigene Politik betreiben zu können, zumindest die Fähigkeit besitzen, „der Sowjet-Union einen Arm abzureißen“.

Ungefähr in der Zeit dieses Briefwechsels hielt de Gaulle einen Vortrag in der französischen Ecole militaire, in dem er sinngemäß sagte: Mögen die gegenwärtigen Nuklear-Mächte

Amerika (einschließlich Englands) und Rußland die Fähigkeit besitzen, uns zehnmal zu töten, uns wird es genügen, sie einmal töten zu können.

Zum Schluß seines Briefes an Kennedy erneuerte de Gaulle eine Forderung, die er seit seinem zweiten Machtantritt im Sommer 1958 nicht müde geworden ist zu wiederholen: die Forderung nach der Einrichtung eines Dreier-Direktorats in der Nato, bestehend aus dem vorhandenen Zweier-Direktorat (Amerika und England) plus Frankreich.

Die Forderung de Gaulles bezüglich eines Nato-Dreier-Direktorats war keineswegs als das Verlangen nach bloßem Mitredendürfen zu verstehen. Ihre Substanz war vielmehr, daß Frankreich wünsche, genau wie England an den Geheimnissen der amerikanischen A-Bomben-Baukunst beteiligt zu sein — lief also auf die Forderung hinaus, die USA möchten beim Aufbau der französischen Nuklear-Waffe durch Übermittlung von wissenschaftlichen Geheimnissen und durch Lieferung von Material behilflich sein.

Erst von daher wird verständlich, warum de Gaulle in seinem Brief vom 11. Januar 1962 die Forderung nach einem Nato-Dreier-Direktorat erneuerte — in einem Brief, in dem er an anderer Stelle zugestand, daß die deutsche Wiederbewaffnung, sprich: die deutsche Beteiligung am französischen Nuklear-Projekt, nicht ungefährlich sei.

Der Brief de Gaulles an Kennedy, geschrieben an der Jahreswende 1961/62, stellte also seinem Wesen nach ein massives Pressionsmanöver mit zwei Alternativen dar: Entweder Amerika hilft Frankreich beim Aufbau einer nationalen Nuklear-Waffe, oder Frankreich versucht, wenn auch voller bänglicher Gefühle, ein nukleares Arrangement mit den Deutschen auf kontinental-europäischer Ebene.

Raymond Aron, liberaler Kommentator des konservativen „Figaro“.



... den Ruhm der Welt von morgen: Besatzer-General de Gaulle (M.), Besatzer in Deutschland 1945

drückte das am 27. Februar 1962 so aus: „Auf jeden Fall besteht das beste Mittel, die amerikanische Führung, Präsident und Kongreß, zu überzeugen, darin, daß man eine europäische Lösung ins Auge faßt und vorbereitet“ — mit anderen Worten: Frankreich muß glaubhaft machen, daß es ernstlich an eine irgendwie geartete deutsche Beteiligung beim Aufbau der französischen Nuklear-Waffe denkt, vielleicht entschließen sich die USA dann doch noch in letzter Minute zu dem kleineren Übel einer amerikanischen Beteiligung.

Der Jahreswechsel-Briefaustausch zwischen Kennedy und de Gaulle ist, soweit man weiß, nicht fortgesetzt worden. Washington blieb angesichts des französischen Erpressungsmanövers stumm.

Immerhin, Anfang März 1962 ließ de Gaulle den General Lavaud, Chef des französischen Rüstungswesens, nach den USA reisen. Lavauds Auftrag lautete offenkundig: zu eruieren, ob Frankreich in Amerika Nuklearbomben-Material kaufen könne. In Paris erzählte man sich damals, daß de Gaulle sich zu der Entsendung Lavauds nur schweren Herzens entschlossen habe, weil er sie von vornherein für aussichtslos hielt, sich schließlich aber doch von seinen Beratern habe überreden lassen.

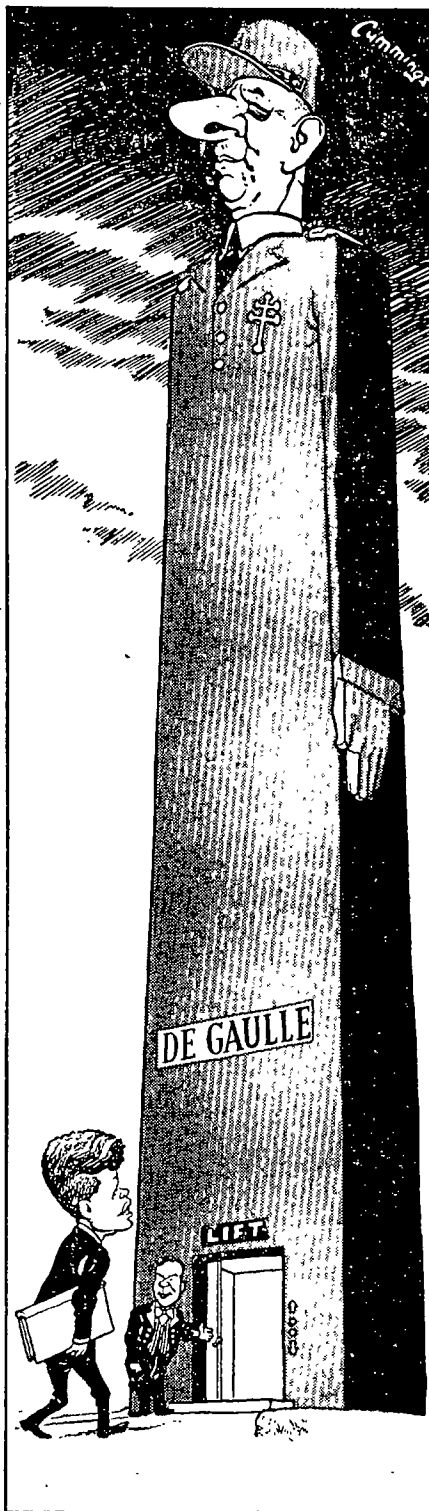
Möglicherweise haben de Gaulles Berater damals argumentiert, daß die prekäre Währungssituation der USA die amerikanische Regierung den Nuklear-Wünschen des inzwischen währungsstarken Frankreich geneigter gemacht haben könnte.

Es kam jedoch, wie de Gaulle vorausgesagt hatte: Lavaud kehrte mit leeren Händen aus Amerika zurück. Zwar hatte man ihm für seine Dollars eifrig und unter begeisterter Beteiligung des Washingtoner Finanzministeriums konventionelles Kriegsmaterial angeboten, bei Lavauds Nuklear-Wünschen aber bedauernd die Achseln gezuckt.

Wahrscheinlich war das Scheitern der Lavaud-Mission der Punkt, von dem an de Gaulle den französischen Kurs um ein paar Grad weiter auf Freundschaft mit Deutschland legte. Eine neue Runde im französischen Atom-Poker begann — mit dem deutschen Buben als Trumpf.

Für die neue Runde gab es jedoch auch noch andere Gründe. Mitte März verstummten in Algerien die Waffen. Der Waffenstillstand zwischen der FLN und den Franzosen begann, der algerische Friede und das Ende der französischen Kolonialherrschaft in Nordafrika — seit dem 3. Juli 1962 Tatsachen — zeichneten sich als feste Gewißheiten ab.

In einem vierjährigen Ringen hatte sich de Gaulle gleich einem glücklichen Laokoon der Fessel, der algerischen Schlange entwunden, manchmal auf eine haarsträubende Art und Weise mogelnd, aber letztlich doch weise, bravourös und erfolgreich: Diesmal wiederum ein „Befreier Frankreichs“, jedoch nicht von fremder, sondern von einer eigenen Herrschaft, deren Pflichten und Verantwortlichkeiten für Frankreich unerträglich geworden waren und die es an der Bewältigung von Aufgaben hinderten, die nach Ansicht nicht nur de Gaulles, sondern auch nach Meinung wohl der meisten Franzosen wichtiger sind: Unter den Franzosen breitet sich



Daily Express
Bitte den Lift benutzen

das Gefühl aus, daß Frankreich freie Hände braucht, um sich in und für Europa zu behaupten.

De Gaulle machte sich sofort und mit Nachdruck ans Werk. Einen Tag vor jenem 3. Juli, an dem in Algier die Trikolore eingeholt wurde, traf in Paris der deutsche Bundeskanzler Adenauer ein. De Gaulle bereitete ihm einen Empfang, dessen Überschwenglichkeit in Amerika und England überraschte und manchmal befremdete. Die britische „Sunday Times“ sprach mit steifer Oberlippe von „einem beinahe unanständigen Aufwand deutsch-französischer Flaggenwedelei“, wobei sie aus-

drücklich dem Kanzler „viktorianische Würde“ bescheinigte, also den Vorwurf der Geschmacklosigkeit allein gegen de Gaulle erhob.

Mit dem Adenauer-Besuch in Frankreich trat de Gaulles Liebeswerben um die Bundesrepublik — an sich keineswegs neu und seit 1958 von de Gaulle mit Konsequenz betrieben — in eine akute Phase, deren zweiter Höhepunkt der De-Gaulle-Besuch dieser Woche an Rhein und Ruhr, Elbe und Isar ist und die zweifellos auch als ein Stück jenes großen von Raymond Aron erwähnten französischen Pressionsmanövers im Spiel um die A-Bombe verstanden werden kann: als „das beste Mittel, die amerikanische Führung, Präsident und Kongreß, davon zu überzeugen“, daß sie Frankreich beim Aufbau einer Nuklear-Waffe helfen sollte.

Ebenso zweifellos jedoch ist de Gaulles deutsche Liebes-Attacke nicht nur ein machiavellistisch berechneter Schachzug und ebenso zweifellos schließlich hat de Gaulles Deutschland-Politik ihre eigenen Probleme.

Diese Probleme beginnen mit den Bedenken, die de Gaulle selbst gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an der französischen Nuklear-Waffe hegt. (Hätte er diese Bedenken nicht, wären seine hartnäckigen Bemühungen um amerikanische Nuklear-Hilfe jedenfalls nicht völlig verständlich.) „Vorläufig“, schrieb Raymond Aron noch im Februar, lehne der General eine Lösung des französischen Nuklear-Problems unter deutscher Beteiligung ab.

Darüber hinaus aber liegt im Problemfeld des französischen Projekts ein Konglomerat höchst paradoxer Schwierigkeiten, die sich auf zwei Tatsachen zurückführen lassen — nämlich auf

- ▷ die Differenzen zwischen den französischen und den deutschen Vorstellungen von einem zukünftigen Europa und
- ▷ auf die prekäre Situation Westberlins.

Was den ersten Punkt angeht, wünscht Bonn ein möglichst weitgehend integriertes Europa. Seit Mitte 1961 laufen Verhandlungen über eine politische Union Europas. Die deutschen Wünsche zielen — welche Konzessionen im Gang der Verhandlungen auch immer von Bonn gemacht wurden — letztlich auf die Etablierung eines übernationalen europäischen Regierungsapparats (mit Kabinett, Parlament und Ministerien), der nach und nach die nationalen Souveränitäten aufsaugen, mithin die europäischen Staaten als eigene Existenzen auflösen soll.

Was den zweiten Punkt angeht — Berlin —, wünscht Bonn das Festhalten nicht nur Frankreichs, sondern auch Englands und Amerikas in der Verantwortung für die Sicherheit der ehemaligen Reichshauptstadt.

Indes, diese beiden Wünsche Bonns haben sich bislang nicht miteinander vereinbaren lassen.

Die Bildung eines voll integrierten Europas würde England ausschließen. Es ist nicht zu erwarten, daß England sich einer auf dem Kontinent liegenden europäischen Hauptstadt unterstellt, seine Verbindungen zum über-

seischen Commonwealth und zu den USA kappt.

Die ohne Rücksicht auf diese Tatsache betriebene europäische Integration würde also am Ende die Gefahr heraufbeschwören, daß die Angelsachsen — ungeachtet ihres weltpolitischen Engagements in Berlin gegenüber den Sowjets — sich von der Berliner Mauer absetzen.

Dazu kommt eine wirtschaftliche Komplikation: Am 9. August 1961 stellte der britische Premier Macmillan den Antrag auf Aufnahme Englands in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Der Antrag wurde in Bonn mit zwiespältigen Gefühlen aufgenommen. Bundeswirtschaftsminister Erhard und die deutsche Industrie begrüßten den englischen Schritt, stellte er doch in Aussicht, daß der angelsächsische Weltmarkt für die exportstarke deutsche Wirtschaft offenbleiben werde. Amerika kündigte darüber hinaus für den Fall der Aufnahme Englands in die EWG amerikanische Zollsenkungen an, also die Eröffnung eines zusätzlichen Marktes für die deutsche Wirtschaft.

Andererseits jedoch ist man sich in Bonn darüber im klaren, daß die Hereinnahme Englands in die EWG einem Verzicht auf die Europa-Vorstellungen gleichkommt, wie sie insbesondere Bundeskanzler Adenauer hegt. Die politische Union Europas müßte dann zweifellos auf den Charakter der Integration verzichten.

Nun, so wichtig die wirtschaftlichen Probleme der europäischen Integration sind, der Schwerpunkt der europäischen Integrations-Schwierigkeiten liegt in Berlin.

Letztlich und am Ende geht es für Bonn um die Frage, ob man sich auf das Wagnis einer Politik einlassen soll, der zufolge Kontinentaleuropa allein — das hieße: ohne England und Amerika — die Verantwortung für die Freiheit Westberlins zu übernehmen hätte. Selbst wenn man Ungewißheiten außer acht ließe, die sich zum Beispiel aus der ständigen persönlichen Gefährdung de Gaulles ergeben, wäre klar, daß Kontinentaleuropa die Alleinverantwortung für Berlin nur übernehmen könnte, wenn es zumindest die Fähigkeit besäße, der Sowjet-Union, wie de Gaulle es in seinem Brief an Präsident Kennedy ausdrückte, einen Arm abzureißen.

Offenkundig ist General de Gaulle der einzige Staatsmann des Westens, der diese Situation zumindest als Fernziel anstrebt — mit deutlicher Entschlossenheit seit März 1962, als einerseits Frankreich endgültig aus der algerischen Fessel entkommen konnte und als andererseits durch das Scheitern der Lavaud-Mission deutlich wurde, daß Amerika noch immer nicht gewillt ist, beim Aufbau einer französischen Nuklear-Waffe zu helfen.

Seither besteht kein Zweifel mehr daran, daß de Gaulle auf die Konstituierung eines Europas abzielt, das über französische Nuklear-Waffen verfügt, deshalb eines Tages auf die militärische Anwesenheit Amerikas (wenn notwendig auch Englands) verzichten und von dieser Position her nicht nur Berlin schützen, sondern auch einen vernünftigen Ausgleich mit der Sowjet-Union in der Deutschland-Frage überhaupt betreiben kann.



US-Generalstabschef Taylor
Die Sowjets zehnmahl...

Als Endziel schwebt dem General ein Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ vor, in dessen Innern zwischen Ost und West ein Gleichgewicht der Kräfte herrscht. Am allerfernsten Horizont verschwimmt diese Vorstellung zu Theorien über eine Zuspitzung des russisch-chinesischen Konflikts, bei dem die Sowjet-Union vielleicht der Hilfe Europas bedürftig sein und sich ihres europäischen Charakters erinnern könnte.

Freilich, so schlüssig sich das ausnimmt, was die amerikanische und französische Presse seit geraumer Zeit den „Großen Plan“ de Gaulles nennt, auch



Französischer Atom-Chef Lavaud
... oder einmal töten?

ihm fehlt es schon im theoretischen Entwurf nicht an inneren Widersprüchen.

Der Große Plan de Gaulles will ein Europa verwirklichen, das über sein eigenes Schicksal verfügen kann. Mittel zu diesem Zweck soll die Aufstellung einer Nuklear-Waffe sein.

Aber Frankreichs Wirtschaftskräfte dürften kaum ausreichen, eine Nuklear-Waffe zu schaffen, die fähig wäre, die Sowjet-Union wenigstens einmal zu töten: de Gaulles Mindestziel.

Also bliebe als Bauherrin der europäischen Nuklear-Waffe nur eine übernationale europäische Union, ein integriertes Europa, wie es sich Bundeskanzler Adenauer immer vorgestellt hat und wahrscheinlich noch vorstellt. Tatsächlich tauchte im Sommer dieses Jahres in Frankreich eine vor langer Zeit verschollene Lieblingsidee Konrad Adenauers wieder auf: die EVG, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die im August 1954 von dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France verworfen worden war.

Im „Figaro“ fragte Raymond Aron im Februar dieses Jahres angesichts der atomaren Problematik Europas: „Warum nicht zur europäischen Formel, zur Formel der EVG, zurückkehren?“

Deutlich zutage trat diese „EVG-Strömung“ in Frankreich, als Mitte Mai fünf Minister aus dem kurz zuvor von de Gaulle kreierte Kabinett Pompidou ihren Rücktritt erklärten, an der Spitze der Minister Pierre Pflimlin, Elsässer von Herkunft und der politischen Linie nach ein Anhänger des einstigen EVG-Vaters Robert Schuman.

Anlaß zu diesem Schritt der enragierten Europäer in Frankreich hatte de Gaulle gegeben. Er hatte die europäischen Integrationspläne kurzerhand für „dekadent“ erklärt — eine Formulierung, die außer den französischen Schuman-Epigonen eigentlich auch Konrad Adenauer tief hätte treffen müssen. In einer Pressekonferenz am 15. Mai nahm de Gaulle scharf gegen die europäische Integration Stellung.

De Gaulles Abneigung gegen die europäische Integration ist alt. Er opponierte von 1952 bis 1954 aus seinem Domizil in Colombey-les-Deux-Eglises viel energischer gegen die EVG als der damalige französische Ministerpräsident Mendès-France. (Mendès hat sich inzwischen zu einem gemäßigten Integrationsisten gemausert.)

Nach seiner Rückkehr an die Macht formulierte de Gaulle seine Europa-Vorstellungen als die eines „Europas der Staaten“ — ein Begriff, den Mendès-France kürzlich vorwurfsvoll, aber zutreffend so erläuterte: „Ein Bund von Staaten, die völlig selbständig bleiben; sie kommen von Zeit zu Zeit zwecks Besprechung ihrer Angelegenheiten zusammen und bemühen sich, zu einstimmigen Beschlüssen zu gelangen. Wenn das nicht gelingt, bleibt jeder bei seinem Standpunkt, und nichts ist entschieden.“

Welche Hoffnungen de Gaulle mit seinem „Europa der Staaten“ verbindet, ist schwer zu entziffern. Adenauers politische Zurückhaltung bei seinem Juli-Besuch in Frankreich ließ denn auch deutlich erkennen, daß ihm de Gaulles Europa-Begriff nicht integrationistisch genug ist. Die entschei-

dende europäische Frage — die Frage nämlich, ob die Bundesrepublik bereit wäre, sich am Aufbau einer französischen Nuklear-Waffe zu beteiligen, sofern de Gaulle als Gegenleistung ein integriertes Europa in Aussicht zu stellen bereit sei — diese entscheidende Frage wurde im Juli zwischen de Gaulle und Adenauer nicht behandelt, zur Erleichterung des den Kanzler begleitenden Gerhard Schröder.

Die Beantwortung dieser Kernfrage aller nationalen, europäischen und weltpolitischen Vorstellungen de Gaulles blieb bis zur Stunde aus, und die Hauptsorge der Männer um Konrad Adenauer am Vorabend des De-Gaulle-Besuchs ist, daß sie diesmal von dem Besucher in aller Deutlichkeit gestellt werden könnte.

Sie würde in Bonn eine Entscheidung von ungemeiner Tragweite heraufbeschwören: eine Entscheidung zwischen

▷ dem Beibehalten des amerikanischen Schutzes für Westberlin, der Einbeziehung Englands in EWG und politische Union Europas, gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die europäische Integration, oder

▷ dem Beschreiten eines Weges, der am Ende zur nuklearen Bewaffnung Kontinentaleuropas, zum Ausschluß Englands von Europa, zur Isolierung Europas zwischen den beiden Weltmächten und von da an in irgendeine hoffnungsvolle oder düstere, auf jeden Fall ungewisse Zukunft führen würde.

eine Wirklichkeit ist. Unter dieser Wirklichkeit verstehen de Gaulle und die ihm nahestehende französische Presse die Existenz eines „nichtgeschriebenen amerikanisch-russischen Geheimvertrages“, der darauf hinausläuft, daß die beiden nuklearen Supermächte sich bei Konflikten an der Grenze ihrer beiden Herrschaftsbereiche schonen wollen — und zwar dergestalt, daß sie bei Ausbruch solcher Konflikte zunächst nur konventionelle Waffen einsetzen und sogar bei der Anwendung nuklearer Waffen anfänglich nur die strategischen Verbindungslinien des Gegners angreifen, nicht jedoch die gegnerischen Heimatgebiete selbst.

Sollte diese (nicht nur in Frankreich beheimatete) Vorstellung richtig sein, so würde sie, was Europa betrifft, etwa folgende Perspektive eröffnen: Im Falle eines europäischen Konflikts — der wahrscheinlichste Fall wäre der eines Konflikts um Berlin — setzen die Amerikaner nach einer kurzen Phase konventioneller Kriegführung nukleare Waffen ein, indes jedoch so, daß sie nur die Verbindungslinien der Sowjets in Mitteleuropa, Polen und eventuell anderen osteuropäischen Ländern mit Bomben belegen. Umgekehrt richten die Russen ihren atomaren Beschuß nicht gegen den amerikanischen Kontinent, sondern nur gegen dessen Verbindungslinien auf dem Atlantik und auf dem europäischen Festland. Dieser „Vorkrieg“ hält an, bis entweder ein friedliches Arrangement erreicht ist oder aber der Kriegsverlauf die beiden Gegner zwingt, in den großen

zum guten Essen und zum Bier:

...erst mal
„MALTESER“
aber eiskalt bitte!



Im Gefrierfach Ihres Kühlschranks bewahren Sie MALTESER am besten auf! Keine Sorge, infolge seines Alkoholgehalts gefriert er nicht; im Gegenteil: gut gekühlt schmeckt MALTESERKREUZ AQUAVIT am besten!



**MALTESERKREUZ
AQUAVIT**

eiskalt serviert, ein reiner Genuß



Kriegspremier Churchill, Verbündeter (1944): Salz der Allianz

Im zweiten Fall könnte sehr wohl eintreten, daß die Sowjet-Union de Gaulles europäisches Nuklear-Projekt unter deutscher Beteiligung für einen unfreundlichen Akt erklärt und — in der Hoffnung auf ein im Grunde ebenfalls verärgertes Amerika — zu Präventivmaßnahmen greift oder zumindest solche Maßnahmen ultimativ androht.

Damit würde eine weltpolitische Konstellation sichtbar werden, die nach Auffassung de Gaulles bereits heute

nuklearen Vernichtungskrieg einzutreten.

Für de Gaulle ist diese Perspektive unannehmbar. Unterstellt, daß sie richtig ist, würde sie in der Tat die Vernichtung oder zumindest schwere Schädigung der europäischen Völker — des französischen und polnischen, des deutschen und eventuell des tschechoslowakischen Volkes — in Kauf nehmen, für das amerikanische und russische aber eine Überlebens-Chance in Aussicht stellen,



Karl V., Ludwig XIV., Napoleon I., Bismarck, Wilhelm II., Clemenceau: Von der Einigung Europas...

die auf jeden Fall sehr viel größer wäre als die der Mitteleuropäer.

Angeichts dieser Perspektive, immer ihre Richtigkeit unterstellt, bleibt für das westliche Kontinentaleuropa nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten, nämlich entweder

- ▷ den Weg einer eigenen nuklearen Bewaffnung zu beschreiten, die den Europäern (und Westberlin) den gleichen Schutz in Aussicht stellt, den Amerika und Rußland schon heute besitzen,
- ▷ oder aber, wenn eine europäische Nuklear-Waffe nicht möglich ist, den Weg der im Prinzip waffenlosen Neutralisierung Europas einzuschlagen — einer Politik also, die versuchen würde, ein friedliches Arrangement mit den Sowjets nach Abzug der Amerikaner aus Europa zu erreichen.

De Gaulle glaubt, daß die Stunde der Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten für Europa gekommen ist oder jedenfalls unmittelbar bevorsteht, und er ist entschlossen, den ersten Weg zu gehen, den zu einer nuklearen Bewaffnung Europas.

Diese Auffassung de Gaulles fußt auf der Annahme, daß Amerika unter Präsident Kennedy nicht mehr fest entschlossen ist, sich selbst in vollem Umfang für Westeuropa — und das heißt immer zuerst: für Westberlin — einzusetzen.

Ein Grund für diese Annahme ist die allgemeine Überlegung, daß die Entwicklung der russischen Raketenwaffe Amerikas Verteidigungssituation grundlegend gewandelt hat. Könnten die USA bis zum ersten Sputnik-Schuß noch davon ausgehen, daß ein nuklearer Großkrieg fern von den Küsten Amerikas toben werde, so ist in den letzten Jahren zunehmend klargeworden, daß ein solcher Krieg auch die Städte Amerikas verheeren würde.

Es ist unverkennbar, daß von dem Augenblick an, da die Erkenntnis dieser Situation ins Bewußtsein der amerikanischen Militärs gelangt war, in Washington eine Neubewertung der politischen Verpflichtungen Amerikas fällig werden mußte.

Die wichtigste, auf jeden Fall die waghalsigste Verpflichtung Amerikas besteht in der Garantie für Westberlins Freiheit. Diese Garantie hatte aber für den amerikanischen Staatsbürger einen sozusagen nur „mittleren Ernst“, solange Amerika hoffen durfte, in einem Konflikt um Westberlin Nuklear-Waffen einsetzen zu können — ohne daß im Gefolge dieses Konflikts ameri-

kanisches Heimatgebiet mit russischen H-Bomben belegt werden würde.

Diese Hoffnung hat — seit der Entwicklung der russischen Raketenwaffe — keine Realität mehr. Seither hat jede amerikanische Garantie für Berlin „vollen Ernst“, hat also mit anderen Worten in letzter Konsequenz das Risiko der Zerstörung New Yorks, Chicagos und San Franciscos zum Inhalt.

Tatsächlich hat die amerikanische Führung militärische Überlegungen angestellt, die den Verdacht hervorriefen, Amerika sei nicht mehr bereit, Westberlin eine volle Garantie zu gewähren. Dieser Verdacht beruht insbesondere auf Äußerungen des Generals Maxwell D. Taylor, des Vorsitzenden der Vereinigten US-Stabschefs.

„Wir müssen zugeben“, hat der US-General erklärt, „daß es in den kommenden Jahren weder uns selbst noch unseren Gegnern plausibel erscheinen wird, daß wir atomares Vergeltungspotential für ein anderes Ziel einsetzen wollten als für die Sicherstellung unseres Überlebens als Nation.“

Diese Äußerung Taylors wurde nicht nur in Frankreich so ausgelegt, daß Amerika im Falle eines Konflikts um Berlin möglicherweise zwar „atomares Potential“ einzusetzen bereit sei, nicht aber „atomares Vergeltungspotential“ — mit anderen Worten: daß es bereit sei, um Berlin einen „klein-atomaren“ Krieg

zu führen, nicht aber einen „Vergeltungskrieg“, der das Heimatgebiet der USA einbeziehen würde. Taylor sagte es fatal deutlich: Nur „bei einem Angriff auf US-Heimatgebiet“ werden wir „atomares Vergeltungspotential einsetzen“. Im Grunde konnte dieser Satz nicht anders gedeutet werden, als daß die USA nicht bereit sind, für Westeuropa und für Westberlin ihre eigene Existenz aufs Spiel zu setzen.

Die amerikanische Presse und Diplomatie haben sich in diesem Sommer eifrig bemüht, den Eindruck dieser Erklärung Taylors abzuschwächen. Dahinter stand die Sorge Washingtons, daß die Interpretation, die Taylors Äußerungen in Europa erfuhren, zu einer Entfremdung innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft zwischen den Angelsachsen und den Kontinentaleuropäern führen müsse.

Deshalb entschloß sich Ende August Präsident Kennedy — kurz vor dem Eintreffen de Gaulles in Bonn —, an Adenauer einen Brief zu schreiben, in dem er den deutschen Kanzler versicherte, daß Amerika entschlossen sei, Westberlin und die Bundesrepublik notfalls mit allen nuklearen Waffen zu verteidigen.

Kennedys Brief war deutlich erkennbar auf den Kern der These de Gaulles gezielt, wonach die Bundesrepublik aus Gründen ihrer eigenen Sicherheit aus dem amerikanischen Schutz ausscheren



...träumten auch die NS-Deutschen: Hitler in Paris (1940)

schaftlich stärkstem Partner — einen sofortigen Protest der Sowjet-Union provozieren würde.

Ein solcher Protest würde — das läßt sich unschwer voraussagen — nicht nur bewirken, daß die kleineuropäische Sechser-Mannschaft von Nuklear-Planern sofort auseinanderläuft, sondern wahrscheinlich noch darüber hinaus zur Folge haben, daß sowohl der innereuropäische als auch der atlantische Zusammenhalt einen schweren Knacks erhalten.

Angesichts dieser sicher nicht unrealistischen Perspektive hat de Gaulle auf eine europäische Integration, der er ohnehin nicht hold ist, verzichtet.

Seinen Plan für die europäische Einigung ließ er im Oktober 1961 vorlegen. Das war der sogenannte Fouchet-Plan. Er hatte zum Inhalt

- ▷ eine Ministerpräsidenten-Konferenz der sechs EWG-Staaten, die etwa alle vier Monate zusammentreten soll und in der jeder Ministerpräsident Vetorecht besitzt;
- ▷ eine ständige Kommission als ausführendes Organ für die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz;
- ▷ ein europäisches Parlament ohne näher definierte Rechte.

Nach de Gaulles Vorstellungen sollte sich diese politische Union Europas vor allem auf außenpolitischem, auf dem Gebiet der gemeinsamen Verteidigung und auf kulturellem Gebiet betätigen. Das EWG-Direktorat Hallsteins in Brüssel sollte der Ministerpräsidenten-Konferenz unterstellt werden.

In den Verhandlungen, die seit der Vorlage des Fouchet-Planes zwischen den europäischen Sechs geführt worden sind, hat das europäische Projekt de Gaulles verschiedene Wandlungen durchgemacht, ein Einverständnis wurde bisher gleichwohl nicht erzielt. Insbesondere die Unterstellung des EWG-Direktorats unter die Ministerpräsidenten-Konferenz erregte bei den Benelux-Ländern Mißtrauen. Ebenfalls auf Widerstand stieß der französische Vorschlag, die Union solle auch eine eigene Verteidigungspolitik betreiben.

De Gaulles Union-Plan ist ein bewußt nebulös formuliertes Gebilde, seine Institutionen sind so schwächlich gehalten, daß es schwerfällt, von ihnen wirkliche Entscheidungen zu erwarten.

Indessen deuten die Energie und die Hartnäckigkeit, mit denen de Gaulle seinen Plan betreibt, doch darauf hin, daß er sich zutraut, selbst mit diesem schwachen Instrument europäische Lösungen zu bewirken, die er für wichtig hält, und zwar gerade auf den strittigen Gebieten der europäischen Verteidigung und der europäischen Wirtschaft.

Offenkundig hofft de Gaulle, mit Hilfe der von ihm geplanten Union der europäischen Staaten die Verteidigungs- und Wirtschaftskräfte Kontinentaleuropas so arrangieren zu können, daß Frankreich finanziell, wirtschaftlich und militärisch freie Hand für den Aufbau einer eigenen Nuklear-Waffe erhält.

De Gaulle hat diesen Plan nie deutlich ausgesprochen, aber er läßt sich rekonstruieren aus der wichtigsten öffentlichen Erklärung, die er in jü-

Genießen Sie unbeschwerte Stunden der Erholung und Freude auf dem Wasser — mit einem Motorboot von Chris-Craft.

Wasser, Wind und Sonne —

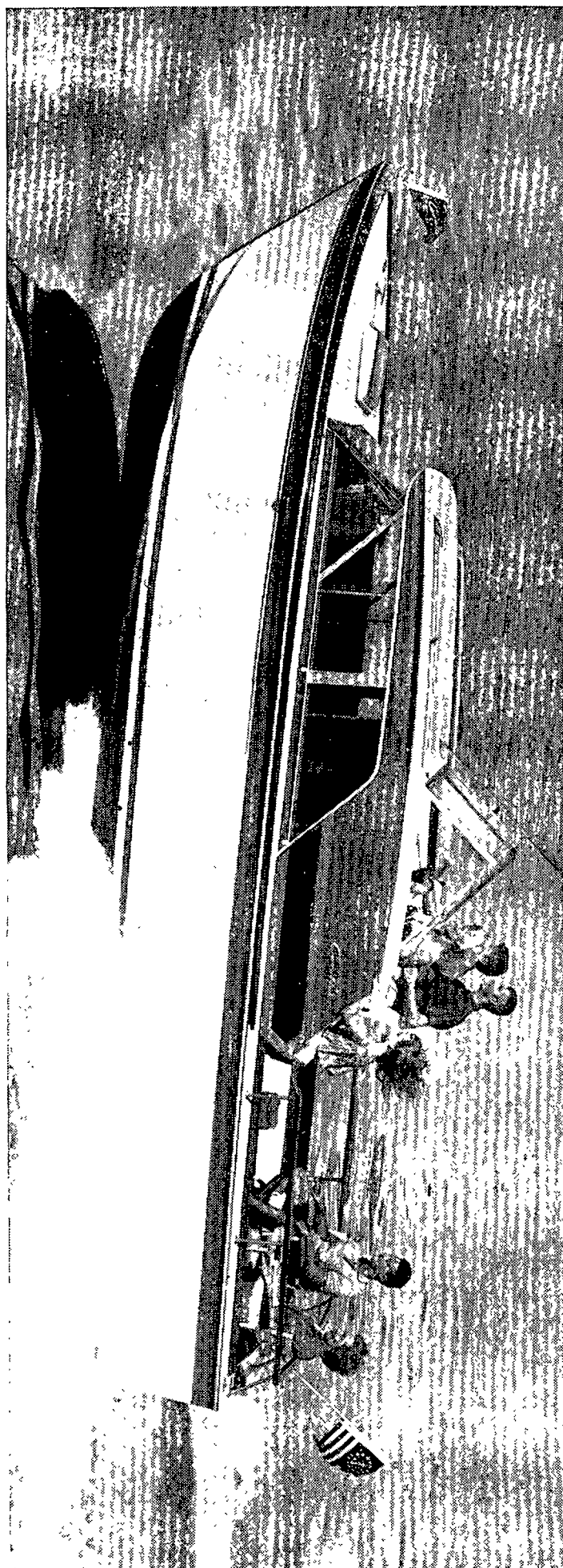
T R O S T

Chris-Craft

FDHREND IN EUROPA

Besichtigung: Montags bis freitags von 10 — 17 Uhr, samstags von 10 — 14 Uhr

Düsseldorf, Bonner Str. 114, Telefon 714 03





Preußen vor dem brennenden Paris 1870 (französisches Flugblatt): Das Herz eines Europäers verkrampfte sich...

ster Zeit abgab, aus seinen Ausführungen auf seiner Pressekonferenz am 15. Mai.

Auf dieser Konferenz bezeichnete de Gaulle in einer sehr sorgfältig formulierten Einleitung die „Tatsache, daß es Atomwaffen gibt“, als die Tatsache, von der heute das Schicksal „eines jeden Volkes und eines jeden Individuums“ abhängt.

Von diesem Punkt ausgehend, erklärte er, daß Frankreich des Schutzes dieser Waffe bedürfe — eines Schutzes, den

Amerika und England nicht mit Sicherheit gewährten: „Niemand kann heute wissen, wann, wie und warum die eine oder andere der großen atomaren Mächte (Amerika und Sowjetrußland) ihre Nuklear-Waffen einsetzen wird.“

Darum habe sich Frankreich daran gemacht, eine eigene Nuklear-Waffe aufzubauen: „In der Tat eine relativ bescheidene Waffe, aber sie ändert und wird völlig verändern die Bedingungen unserer eigenen Verteidigung, die Bedingungen unserer Interventionen an

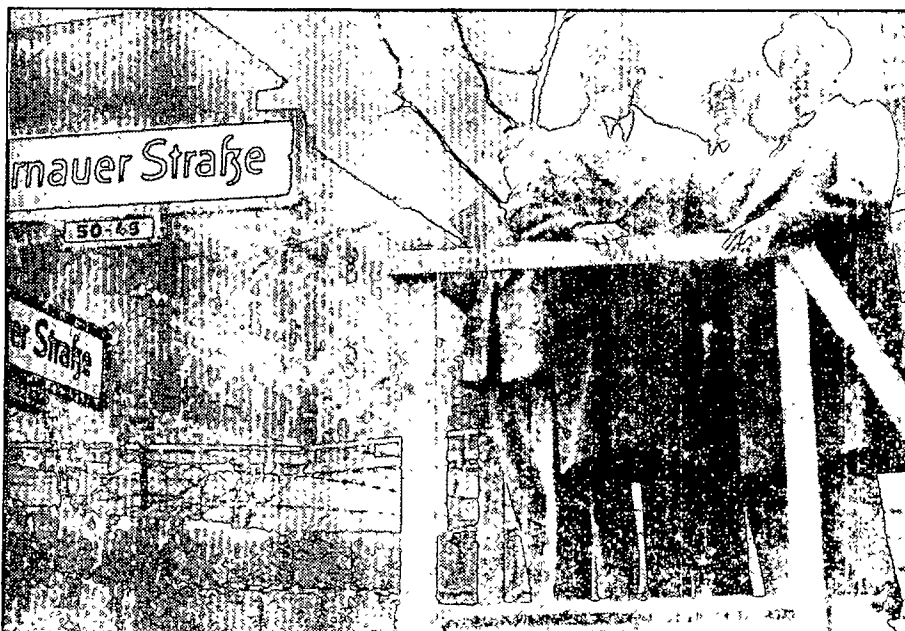
entfernteren Orten und die Bedingungen, unter denen wir unseren Alliierten Hilfe zu ihrem Schutz gewähren können.“

Der letzte Satz war eine zweifellos sehr wohlüberlegte Wendung, die den „Alliierten“ Frankreichs in Europa die Hilfe der französischen Nuklear-Waffe in Aussicht stellt. Die Bundesrepublik — das sagte de Gaulle an anderer Stelle seiner Ausführungen — ist der wichtigste Alliierte Frankreichs.

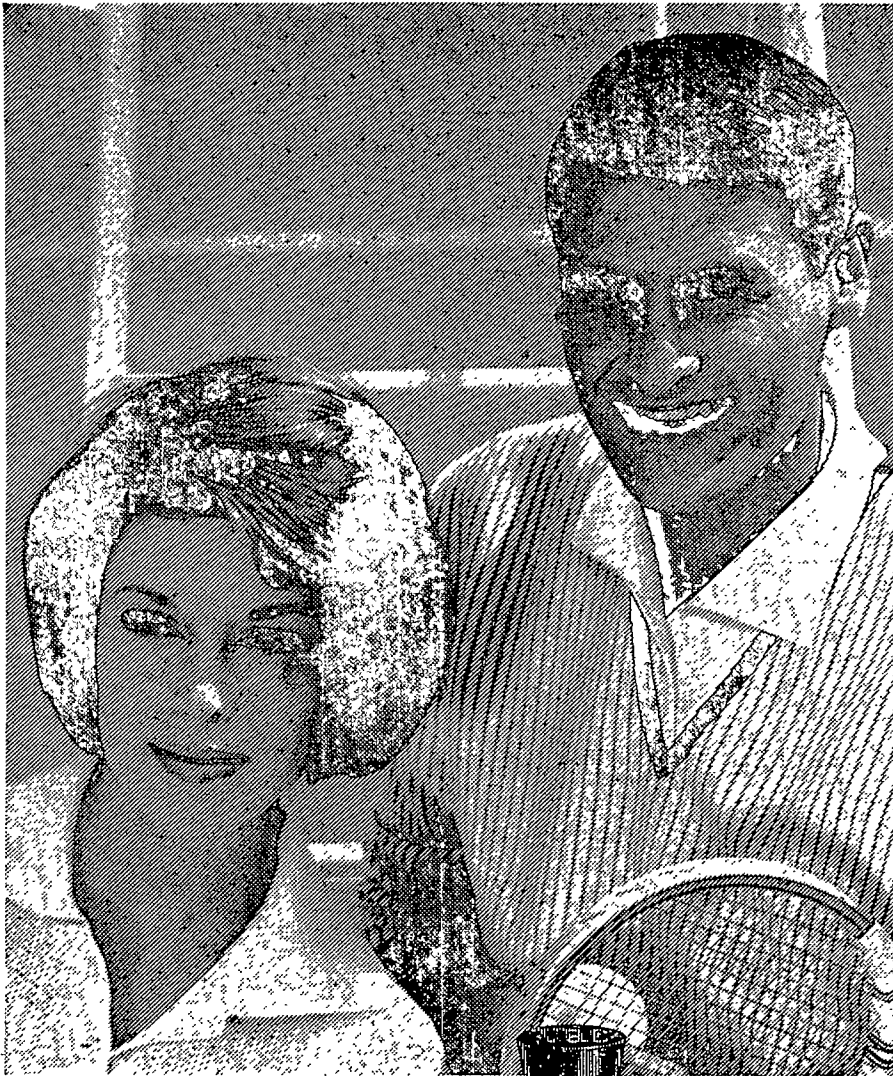
Dabei vermied de Gaulle jedoch mit ganz besonderer Sorgfalt, die französische Nuklear-Waffe als eine „europäische“ zu bezeichnen. Mit Nachdruck und in immer neuen Wendungen betonte er, daß die französische Nuklear-Waffe eine „nationale“ Waffe sei.

Mit ebensoviel Vorsicht behandelte de Gaulle das Problem der französischen „Prosperität“, die ja die Basis für den Aufbau einer französischen Nuklear-Waffe abzugeben hätte. Er erklärte, daß Frankreich gewillt sei, „an dem Aufbau Europas in den Bereichen der Politik, der Verteidigung und der Wirtschaft beizutragen, und zwar dergestalt, daß die Ausbreitung und die Aktionen dieses Ganzen zur französischen Prosperität und Sicherheit beitragen und zugleich die Möglichkeiten eines europäischen Gleichgewichts mit den Staaten des Ostens wieder in Erscheinung treten lassen“.

Die europäische Einigung hat also in de Gaulles Vorstellung den Zweck, die „französische Prosperität und Sicherheit“ zu fördern — unter „Sicherheit“ versteht de Gaulle den Besitz einer Nuklear-Waffe. Sie hat darüber hinaus den Zweck, einen Ausgleich zu ermöglichen, der zwischen West- und Osteuropa vorgenommen werden soll —



...angesichts des deutschen Elends: Franzose Pfimlin (l.) im geteilten Berlin 1962



Lebenskraft und jugendliche Frische für Ihr Haar!

Vac: DM 3,75
DM 5,85 (mit und ohne Fett)
Vac-blau: DM 6,45
Auch in der Schweiz
und in Österreich erhältlich!



Vac aktiviert die ganze Fülle natürlicher Lebenskraft für die Gesundheit und die jugendliche Schönheit Ihres Haares. Durch Vac gelangen unersetzliche, natürliche Aufbau- und Baustoffe über eine gründliche Durchblutung der Kopfhaut an die Haarwurzeln – wichtig für die Gesunderhaltung Ihres Haares! Haarschäden, die auf mangelhafter Kopfhautdurchblutung beruhen, werden vermieden oder auf natürlichem Wege beseitigt. **Vac erfrischt spürbar und pflegt sichtbar.** Vac-Haarwasser sorgt täglich für die Gesundheit und jugendliche Frische Ihres Haares! Jeden Morgen Vac – es ist ein Strom von Kraft und Leben für Ihr Haar!

Das Gute kann man noch verbessern! Vac bietet Ihnen wertvolle kosmetische Pflege durch seine weiterentwickelte Rezeptur und den verfeinerten Duft – noch erfrischender, noch hochwertiger! Vac, in seiner neuen, eleganten Aufmachung, gut für verwöhnteste Ansprüche!

ohne daß Amerika dabei ein entscheidendes Wort hat.

De Gaulle über den Zweck der Bombe: Die dank des französischen „Fortschritts“ auf wissenschaftlichem, technischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet“ geschaffene „moderne nationale Waffe“ solle dazu dienen, „im Rahmen einer notwendigen Allianz“ dahin zu gelangen, daß „wir den uns zustehenden Anteil an der Gestaltung unseres eigenen Schicksals haben“.

Die von de Gaulle erwähnte „notwendige Allianz“ ist die von ihm geplante politische Union Europas, und die von de Gaulle äußerst vorsichtig angedeutete Verbindung zwischen französischer Nuklear-Waffe und der europäischen Union bildet den Kern seiner Vorstellungen über ein nuklear bewaffnetes Europa unter französischer Führung.

Der Vorteil der Union läge dann darin, daß die französische Nuklear-Waffe zwar mit Hilfe der europäischen, vornehmlich deutschen Wirtschaftskraft geschaffen, aber eindeutig in der Verfügungsgewalt Frankreichs bleiben würde – mithin von einem sowjetischen Protest gegen eine deutsche Beteiligung an der europäischen Nuklear-Waffe nicht betroffen wäre.

Eine der vielen Schwierigkeiten des de Gaulleschen Union-Projekts liegt in der Frage, welche Vorteile sich die Bundesrepublik und die vier anderen Unions-Partner von einer Nuklear-Waffe versprechen können, die sie indirekt mitfinanzieren sollen, über die sie aber letztlich nicht verfügen dürfen. Diese Frage betrifft insbesondere die Bundesrepublik, den wirtschaftlich stärksten und den sowohl politisch als auch militärisch am meisten gefährdeten Partner der von de Gaulle angestrebten Union.

De Gaulle hat seit seinem zweiten Regierungsantritt im Jahre 1958 eine prononciert „deutschfreundliche“ Politik betrieben, und zwar nach einem Plan, den er bereits vorher, also während seines Exils in Colombey-les-Deux-Eglises, gefaßt hatte.

Schon 1949 ließ er durch seinen damaligen außenpolitischen Sprecher Gaston Palewski verkünden, Frankreich solle sich lieber mit Deutschland verbünden, als die „bevorrechtigte Stellung Großbritanniens in Europa als Vertreter der USA anzuerkennen“.

Als im Herbst 1961 Präsident Kennedys Plan durchsickerte, mit den Sowjets über eine De-facto-Anerkennung der DDR und die Einsetzung eines internationalen Kontrollorgans für den Zugang nach Berlin zu verhandeln, warf de Gaulle sich zum Schützer Berlins auf und erklärte, daß es in der gegenwärtigen Situation keinen Sinn hätte, mit den Sowjets überhaupt zu verhandeln.

Die von de Gaulle seit 1958 geradlinig betriebene Deutschland-Politik zielt – daran kann kaum mehr ein Zweifel sein – auf die Herstellung eines deutsch-französischen Vertrauensverhältnisses, das nach den Wünschen de Gaulles so stabil sein soll, daß es auch auf institutionelle oder juristisch-vertragliche Absicherungen verzichten kann.

De Gaulles Endziel ist ein Europa, das über sein eigenes Schicksal ver-

fügen kann. Als unerlässlich dafür erachtet er eine französische Nuklear-Waffe. Amerika hat sich geweigert, beim Aufbau dieser Waffe mitzuwirken. Eine europäische Nuklear-Integration verbietet sich, weil sie einen wahrscheinlich ultimativen Protest der Sowjets provozieren würde.

Die einzige Chance Europas besteht — nach de Gaulles Auffassung — in einer deutsch-französischen Herzensgemeinschaft. Den Franzosen soll sie mit deutschen Mitteln den Aufbau einer nuklearen Waffe ermöglichen. Den Deutschen soll sie die Wahrnehmung ihrer nationalen Interessen in Aussicht stellen.

Die Frage ist, was de Gaulle als nationale deutsche Interessen ansieht.

Die Rückgewinnung der zur Zeit polnisch verwalteten Ostgebiete erkennt de Gaulle nicht als ein legitimes deutsches Interesse an. Die Oder-Neiße-Grenze betrachtet er als endgültig.

Ob de Gaulle die deutsche Wiedervereinigung als nationales deutsches Interesse akzeptiert, ist umstritten. In seinen Memoiren, geschrieben zwischen 1954 und 1959, schildert de Gaulle seine Gedanken über die deutsche Zukunft, wie sie sich ihm 1945 darstellte: „Im übrigen bezweifelte ich kaum, daß Deutschland geteilt bleiben würde und daß Sowjetrußland gerade jenes Stück germanischer Erde, von dem der Drang nach dem ‚Lebensraum‘ ausgegangen war, in sein Ermessen gestellt sehen wollte.“

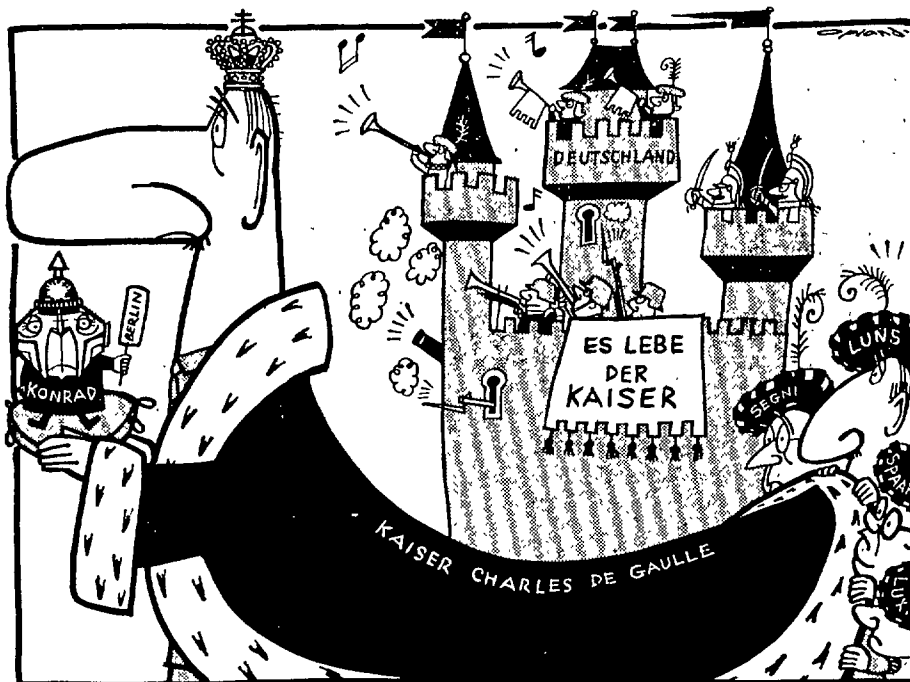
de Gaulle sie als ungemein wichtig ansieht — und zwar deswegen, weil der Verzicht Europas auf Westberlin einen Zusammenbruch der politischen Moral in der Bundesrepublik bedeuten würde.

An der Bundesrepublik, ihrer Integrität und Stabilität, ist de Gaulle auf jeden Fall ernsthaft interessiert. Ohne die Bundesrepublik wäre Frankreich verloren.

Wie ernsthaft de Gaulle an der moralischen Stabilität der Bundesrepublik (und darüber hinaus an einer moralischen Festigung des deutsch-französischen Herzensbündnisses) interessiert ist, demonstrierte de Gaulle anlässlich des Adenauer-Besuches in Frankreich mit einem moralischen Entlastungs-Manöver zugunsten der Deutschen.

In einer sehr pauschal formulierten historischen Rückschau erklärte er, daß Deutschland und Frankreich, immer wenn sie in Europa nach einer hegemonialen Stellung gestrebt hätten, zugleich auch „den alten Traum der Einheit (Europas) verfolgten, der seit etwa zwanzig Jahrhunderten die Geister auf unserem Kontinent erregt“. De Gaulle sprach vom Kontinent, er sprach nicht von England.

Dieser „alte Traum der Einheit“ sei in den politischen Zielen Karls V., Ludwigs XIV., Napoleons I., Bismarcks, Wilhelms II. und Clemenceaus spürbar gewesen — „sogar in der Leidenschaft, derer sich im letzten Weltkrieg ein verbrecherisches Unterdrückungsregime bedient hat, um das deutsche Volk mitzureißen“ —, gemeint: Hitler.



De Volkskrant, Amsterdam
Die Krönung des Kaisers Carolus Magnus in Bonn

Der umständliche Satz war zwar nur eine Feststellung über die Absichten der Sowjetpolitik in Deutschland — gleichzeitig aber von unverkennbarer Sympathie für eben diese Sowjetpolitik gekennzeichnet. Inzwischen jedoch hat de Gaulle erklärt, daß er die Wiedervereinigung als das „natürliche Schicksal“ des deutschen Volkes ansehe — mithin: als eine Selbstverständlichkeit.

Was die Freiheit Westberlins angeht, so hat man Ursache anzunehmen, daß

Die von de Gaulle nahegelegte Konklusion lautet: Nicht alle Deutschen, die sich von Hitler haben verführen lassen, sind deswegen zu tadeln. Als Träger „so grandioser Erinnerungen wie an die Cäsaren, an die abendländische Christenheit und an Karl den Großen“ seien sie die unschuldig Verführten eines verbrecherischen Regimes gewesen.

Dieser kühne Schlußstrich de Gaulles unter die deutsch-französische Erb-



die hervorragende Brille
für alle Verkehrsteilnehmer:

Freies, größeres Blickfeld,
da die Gläser
ohne Einfassung sind.

Federleicht zu tragen.

Hochelastisch, daher äußerst
stabil und bruchstark.

Die moderne NYLOR-Brille ist
in vielen aparten Modellen
erhältlich. Fragen Sie bitte Ihren
Augenoptiker.

das ideale, einzige Vielstärkenglas
ohne irgendeine Trennungslinie
zwischen dem Nah- und dem
Fernteil. Auf allen Entfernungen
scharfes Sehvermögen, eine
Wohltat für Ihr Auge. Lassen Sie
sich von Ihrem Augenoptiker
die interessante
VARILUX-Broschüre geben;
er wird Sie gern beraten.

Ungewöhnlich rasche, zum Teil verblüffende Erfolge bei müden, schmerzenden Beinen, geschwollenen Beinen und Füßen, Hämorrhoidalbeschwerden, Krampfadern, Venenentzündung, offenen Beinen!

Diese Erscheinungen gehören alle zu einem einzigen sogenannten „Symptomenkomplex“, der jetzt mit „veen“ — einem neuartigen Präparat — mit ganz außergewöhnlichem Erfolg bekämpft werden kann: Bei müden, schmerzenden Beinen läßt Schmerz meist in 10 Minuten nach! Von Hämorrhoidalbeschwerden oft schon in kurzer Zeit befreit! Müde, schmerzende, geschwollene Beine nach langem Gehen und Stehen sind Alarmzeichen! „veen“ macht die Beine wieder jung, schlank, straff, elastisch! —

Hämorrhoiden entstehen meist durch sitzende Lebensweise und fehlenden Bewegungsausgleich. „veen“ entstaubt schnell und zuverlässig; die schmerzhaften Beschwerden verschwinden dadurch meist und in kurzer Zeit!



In den meisten Fällen lassen Schmerzen schon nach 10 bis 15 Minuten merklich nach!

Nach zwei bis drei Tagen ist dann oft schon die tatsächliche Ursache der Schmerzen praktisch beseitigt. Entzündliche Erscheinungen klingen in der Regel nach einer Woche ab; Schwellungen und hervortretende Krampfadern pflegen meist durch Ödem-Ausschwemmung und Entstaubung rasch zurückzugehen. „veen“ wirkt schnell und intensiv. Die wohl-schmeckenden lindgrünen Dragées enthalten bewährte alte und neu entwickelte Wirkstoffe.

Fragen Sie Ihren Apotheker noch heute nach „veen“, lassen Sie sich den hochinteressanten Prospekt geben! Eine ganz ausführliche Information über „veen“ erhalten Sie kostenlos gegen Einsendung des anschließenden Informationsschecks an uns direkt!

INFORMATIONSSCHECK

Gegen Einsendung dieses Schecks erhalte ich völlig kostenlos und unverbindlich das hochinteressante, ausführliche „veen“-Informationsmaterial in neutralem Umschlag postwendend zugeschickt. Scheck ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und mit deutlichem Absender (Blockschrift) absenden an:

Pharmawerk Schmiden GmbH
Informationsstelle V/59/5
Schmiden bei Stuttgart.

Leserzirkel Leser bitten wir, den Informationsscheck nicht auszuscheiden, sondern auf einer Postkarte zu schreiben.

feindschaft basiert ohne Zweifel auf de Gaulles Erkenntnis, daß Frankreich eine moralisch stabile Bundesrepublik für seine eigene Sicherheit braucht.

De Gaulle sprach diese Tatsache am 15. Mai 1962 in jener Pressekonferenz aus, in der er gleichsam die Verfassungs-urkunde seiner Europa-Politik proklamierte. Es gebe, sagte er, eine französisch-deutsche Solidarität. „Von dieser Solidarität hängt die Sicherheit der beiden Völker unmittelbar ab. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, nur auf die Karte zu sehen.“

Von dieser Solidarität hänge — so de Gaulle weiter — auch „das Schicksal des ganzen Europa vom Atlantik bis zum Ural“ ab, „denn wenn man in Westeuropa eine festgefügte, blühende und anziehende Organisation aufbauen kann, dann tauchen auch die Möglichkeiten eines europäischen Gleichgewichts mit den Staaten des Ostens wieder auf und dann eröffnet sich auch wieder die Perspektive einer eigenständigen europäischen Zusammenarbeit, insonderheit wenn das totalitäre Regime aufhört, die Quellen zu vergiften.“

„Dann könnte und dann sollte man, glaube ich, das deutsche Problem in einer objektiven Weise lösen. Dann wäre, ich habe es schon gesagt, und ich wiederhole es, Frankreich bereit, solide Vorschläge (über Berlin und Deutschland) zu machen.“ Welche „soliden Vorschläge“? De Gaulle schwieg darüber.

„Andernfalls“, so fuhr de Gaulle fort, „wenn also die Solidarität, von der ich sprach, nicht da ist, dann würde ganz Europa der Gefahr ausgesetzt sein, zur Rennbahn der Dämonen des Unglücks zu werden.“

DE-GAULLE-REISE

Blut in Dosen

Konserven, angefüllt mit Ersatzblut der Blutgruppe Charles de Gaulles, stehen in den Kühlschränken aller Krankenhäuser von Bonn und Umgebung. Die Chirurgen haben Bereitschaftsdienst. Auf dem Weg vom Bonner Regierungsflughafen Wahn bis zur Residenz des französischen Botschafters auf Schloß Erlich bei Remagen werden in Abständen von drei Kilometern Sanitätsautos postiert, die den Patienten sofort in einen der vorbereiteten Operationssäle karren können, falls de Gaulle Unbill widerfährt.

Wenn Frankreichs Staatspräsident am Dienstag dieser Woche in der provisorischen Hauptstadt des Bundes am Rhein



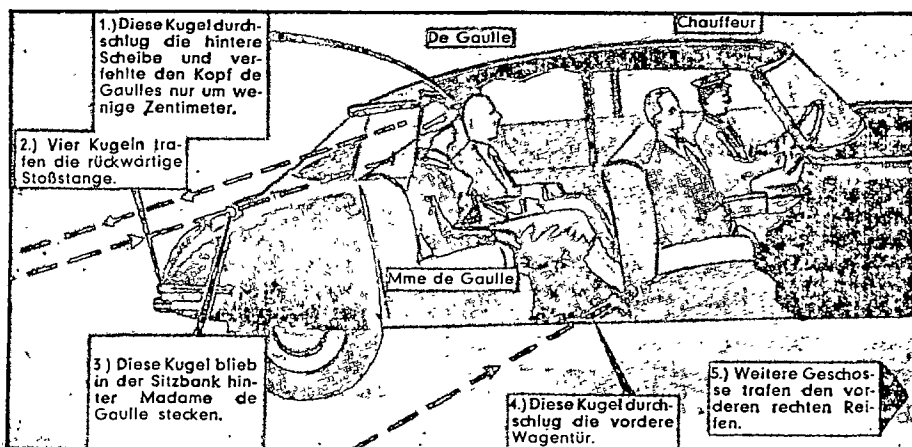
OAS-Chef Bidault
Planen die Feinde des Generals...

Visite macht, stehen rund 3000 uniformierte Polizisten der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalens, 780 deutsche Kriminalbeamte in Zivil und 30 französische Sûreté-Spezialisten von der „Protection rapprochée“ (Leibgarde) aus dem Pariser Elysée-Palais in höchster Alarmbereitschaft.

Medizinische Sofort-Hilfsbereitschaft wie polizeilicher Großeinsatz sind Teile jener Manöver, mit denen die Sicherheitsbehörden der Bonner Republik garantieren wollen, daß die OAS-Zielscheibe Charles de Gaulle lebend nach Frankreich zurückkehrt. Meint Nordrhein-Westfalens Innenminister Weyer: „Wir glauben, das Menschenmögliche getan zu haben.“

Den deutschen Grenzwächtern sind Listen mit den Namen von rund 100 OAS-verdächtigen Franzosen zugestellt worden. Die Pariser Polizeibehörden teilten ihren deutschen Kollegen dabei mit, der OAS-Freund Jacques Soustelle verfüge über einen Paß auf den Namen Jean Albert Seneque; dieses Papier hatte Soustelle erhalten, als er noch Minister in de Gaulles Kabinett war und des öfteren inkognito nach Algerien reisen mußte.

* Französische Rekonstruktion.



... einen Anschlag in Deutschland?: De-Gaulle-Attentat vom 22. August 1962*